

# „Wir werden das goldene Zeitalter erleben“ ✓

Mannheim wird badisch (1802/03)

Am 2. Juni 1803 betrat Kurfürst Karl Friedrich von Baden erstmals den Boden der ehemaligen Kurpfalz, die ihm im Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 zugesprochen worden war. Erstes Ziel seiner Reise war Mannheim, die ehemalige Residenzstadt der Kurpfalz, die er am späten Nachmittag erreichte. Vor dem Heidelberger Tor angekommen, wurde er mit Glockengeläut und Salutschüssen empfangen und in ergreifenden Reden vom Mannheimer Stadtdirektor und Stadtgerichtsassessor willkommen geheißen.<sup>1</sup> Flankiert von der Schuljugend sowie zahlreichen jubelnden Bürgern, zog der Tross des Kurfürsten durch die Planken über den Paradeplatz hin zum Schloss, wo der Adel und die hohen Verwaltungsbeamten ihren neuen Landesherren empfangen. Tags darauf war ein umfangreiches Programm vorbereitet: Im Nationaltheater sah sich Karl Friedrich ein ihm zu Ehren geschriebenes Schauspiel sowie eine Oper an. Im Anschluss gab er bekannt, dass er die hohen Schulden des Theaters übernehmen und den künftigen Betrieb mit Hilfe eines jährlichen Zuschusses aufrecht erhalten lassen wolle. In den folgenden Tagen war der Kurfürst der schier unbegrenzten Devotion der Mannheimer ausgesetzt. Ob beim Besuch der religiösen Gemeinden oder beim Empfang von Schulklassen, überall wurde er in Gedichten, Liedern oder Aufführungen gefeiert.

Der Höhepunkt seines Aufenthalts fand am 7. Juni mit der zentralen Huldigungsfeier im Schloss statt. Erschienen waren Deputierte aus der ganzen rechtsrheinischen Kurpfalz sowie aus den an Baden gefallen Teilen des Fürstbistums Speyer. Die Feier begann mit einer An-

sprache des Hofratspräsidenten von Hövel, der ihnen ihre Untertanenpflichten gegenüber dem neuen Landesherrn einschärfte. Nach den Reden bekundeten die Deputierten jeweils ihre Treue zum neuen Landesherrn, ehe feierlich die Huldigung durchgeführt wurde. Anschließend fand ein großes Gastmahl sowie ein stadtweites Fest mit Illumination statt. Karl Friedrich blieb noch einige Zeit in Mannheim; nach fast drei Wochen Aufenthalt verabschiedete er sich schließlich in Richtung Heidelberg.

Zieht man ein erstes Fazit dieses Aufenthalts von Karl Friedrich in Mannheim, so kann man durchaus den Eindruck eines guten Anfangs der neuen Landesherrschaft gewinnen. Eines guten Anfangs, der gebührend in verschiedenen Druckschriften gefeiert wurde. Eines guten Anfangs freilich auch, der mit großen Erwartungen verknüpft war. Sowohl in Mannheim wie auch im Rest der Kurpfalz erhoffte man sich von Karl Friedrich ein *goldenes Zeitalter*, nachdem die vergangenen Jahre und Jahrzehnte eher bedrückend gewesen waren.<sup>2</sup>

## DAS ENDE DER KURPFÄLZISCHEN ZEIT

Der Wegzug Kurfürst Karl Theodors 1778 nach München wurde bereits von den Zeitgenossen als tiefgehende Zäsur empfunden. Für die Stadt zeitigte der Verlust von Residenz und Hof deutliche Folgen: Binnen weniger Jahre sank die Bevölkerung von rund 25 000 (1777) auf 22 000 (1786) Einwohner. Die von Karl Theodor von München aus betriebene Subvention wichtiger Institutionen Mannheim



Empfang des badischen Landesherrn durch die Stadt Mannheim; vermutlich 1811

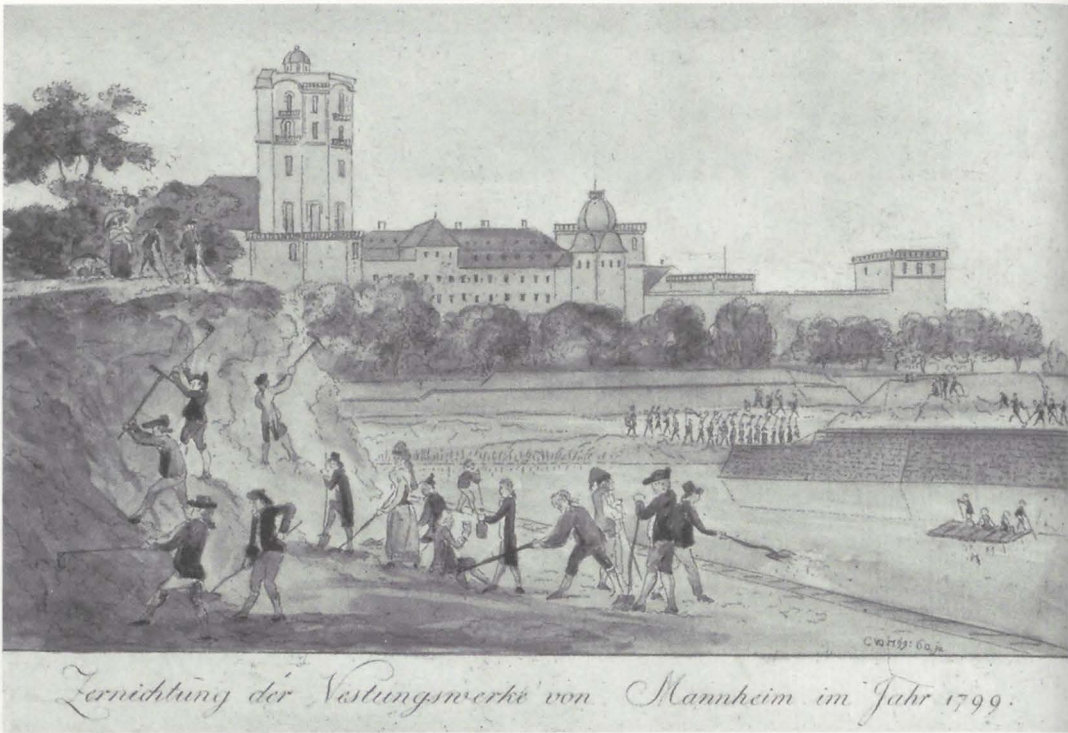
Reiss-Engelhorn-Museen

wie des Nationaltheaters oder der Akademie der Wissenschaften trugen mit dazu bei, dass sich der Einschnitt von 1778 zunächst in wirtschaftlicher Hinsicht nicht sehr gravierend auswirkte. Gleichwohl war die Residenzverlegung Ausgangspunkt einer Strukturkrise, die Mannheim in den folgenden Jahrzehnten erfassen und das Gesicht der Stadt nachhaltig verändern sollte. Politisch gesehen sah sich die einst bedeutende Kurpfalz durch den Schritt Karl Theodors auf die Funktion einer Außenbesitzung Kurpfalzbayerns reduziert. Zum Problemfall für die bayerische Herrschaft wurde sie im Zeitalter der Französischen Revolution, da hier schon bald die Ideen wie auch die militärische Bedrohung durch den französischen Nachbarn spürbar wurden.

Mannheim war zu Beginn der 1790er Jahre ein beliebtes Refugium für adlige Emigranten aus Frankreich. Die antirevolutionären Parteigänger versammelten sich vorzugsweise am Hof der Kurfürstin Elisabeth Augusta, die nach dem Wegzug ihres Gatten nach München in der Kurpfalz geblieben war und zeitweise in Mannheim residierte. Demgegenüber oder

vielleicht auch deswegen breitete sich schon bald in weiten Kreisen der Bevölkerung eine dezidiert prorevolutionäre Stimmung aus, die durch wiederholte Zusammenstöße zwischen Bürgern und stolzen Emigranten verstärkt wurde. 1792 errichteten rund 60 Personen einen Freiheitsbaum in Mannheim. Derartige Vorkommnisse waren ein Dorn im Auge der Obrigkeit, die ihrerseits vergeblich mit zahlreichen Verordnungen und hartem Durchgreifen *die mit dem Freiheitsschwindel angesteckten Pfälzer* wieder zur Raison zu bringen versuchte.<sup>3</sup> Wie tief ihre Autorität gesunken war, musste die kurpfälzische Regierung auf dem Rastatter Kongress erfahren: Angeblich kursierte dort eine Liste mit 4000 Unterschriften von Mannheimern, die sich für den Anschluss ihrer Stadt an das revolutionäre Frankreich aussprachen.

Diese innenpolitische Destabilisierung korrespondierte mit einer zunehmenden außenpolitischen Bedrohung. Wie bereits in früheren Kriegen wurde die Kurpfalz Aufmarsch- sowie bevorzugtes Kontributionsgebiet und Mannheim selbst umkämpfte



Schleifung der Mannheimer Festungswälle

Reiss-Engelhorn-Museen

Frontstadt. 1795 schickten sich französische Truppen zur Eroberung der Stadt an; um sie vor einer abermaligen Zerstörung zu bewahren, rang sich der kurpfälzische Statthalter Franz Albert Graf von Oberndorf dazu durch, sie mehr oder weniger kampfflos zu übergeben. Dies sollte sich böse rächen. Das Kriegsglück wandte sich rasch, und die österreichische Kriegsmaschinerie, der Monate vorher der Einzug in die Festungsstadt verwehrt worden war, baute sich vor den Toren Mannheims auf. Bei der nun folgenden Belagerung wurde ein Exempel statuiert: Zahlreiche Gebäude der Stadt fielen dem Bombenhagel zum Opfer. Aus den Revolutions- und Koalitionskriegen ging Mannheim als in großen Teilen zerstörte Stadt hervor, deren Wiederaufbau lange dauern sollte.

1798 ließ sich ein letztes Mal der alte Kurfürst Karl Theodor aus München vernehmen – dieses Mal zum Wohle Mannheims. Als Konsequenz der neuerlichen Zerstörung dekretierte er die Aufgabe Mannheims als Festungsstadt und die Schleifung der Festungsmauern, womit bereits 1799 begonnen

wurde. Das Niederreißen der mächtigen Festungswerke sowie das Auffüllen der Gräben war mühsam und vor allem teuer und geriet aufgrund fehlender Mittel immer wieder ins Stocken. In der Zwischenzeit wurden neue politische Realitäten geschaffen: Im Frieden von Lunéville 1801 erkannte Kaiser Franz II. die Abtretung des gesamten linken Rheinufer an Frankreich an. Die weltlichen Fürsten, die dadurch Gebietsverluste erlitten hatten, sollten den weiteren Friedensbestimmungen zufolge mit geistlichen Besitzungen rechts des Rheins entschädigt werden. Die Verteilung der Entschädigungsgebiete wurde unter der Aufsicht von Napoleon durchgeführt, wobei vor allem gezahlte Bestechungsgelder, verwandtschaftliche Beziehungen sowie die strategische Interessen Frankreichs die entscheidende Rolle spielten. Die Markgrafschaft Baden beispielsweise erhielt ein Mehrfaches an Entschädigung für ihre bescheidenen Verluste und konnte ihr Staatsgebiet umfangreich vergrößern. Zu ihren Entschädigungsgebieten gehörte auch der rechtsrheinische Teil der Kurpfalz, die als einziges bedeutendes welt-

liches Territorium von der Landkarte verschwand.

Bayern, deren Geschichte nun maßgeblich der neue Staatsminister Graf von Montgelas bestimmte, verzichtete bereitwillig auf den Rest der wittelsbachischen Stammlande am Rhein und ließ sich diesen Verlust mit reichen Besitzungen in Franken und Schwaben entschädigen.

## ERWARTUNGEN UND REALITÄTEN – MANNHEIM WIRD BADISCH

Das Bekanntwerden des genauen Entschädigungsplans im Juni 1802 löste in den Amtsstuben der kurpfälzischen Generallandeskommission hektische Betriebsamkeit aus. Angesichts der neuen Situation sahen sich die Beamten verpflichtet, sich Gedanken über die Zukunft zu machen. Zahlreiche Gutachten waren die Konsequenz langen Grübelns, darunter auch eines des ehemaligen Archivars und jetzigen Regierungsrats Franz Albert Friederich, das 1804 unter dem Titel *Denkschrift über das Loos von Mannheim* auf dem Schreibtisch des Kurfürsten Karl Friedrich landete.<sup>4</sup> Darin beschwor Friederich Mannheims Schicksal in düstersten Farben: *Mannheim ist ein Kunsterzeugnis und nur durch künstliche Mittel kann es dauern*. Denn, so Friederich, die Stadt habe sich nach dem Wegzug der Residenz nur dank ihrer Kunstschatze, des Handels, der verbliebenen Verwaltungsbehörden, der *Kapitalisten* halten können. Dies sei nun nicht mehr gegeben. Tatsächlich waren die Kunstschatze – allen voran die Sammlungen des Schlosses – im November 1802 nach München abtransportiert worden. Darüber hinaus hatte die badische Regierung die ehemaligen kurpfälzischen Zentralbehörden sowie das Militär nach Karlsruhe abgezogen. Angesichts dieser Entwicklung, so Friederich, stehe Mannheim vor dem *Untergang*. Nur die Verlegung der Hauptstadt Badens von Karlsruhe nach Mannheim könne dieses Schicksal noch abwenden. Karlsruhe könne man demgegenüber mit Fabrikansiedlungen entschädigen.

Ein anonymes badisches Beamten machte sich hierauf geradezu ein Vergnügen, ein Gegengutachten zu verfassen. Teils syste-

matisch, meist aber polemisch nahm er die Argumente Friederichs auseinander: Karl Theodor sei ja auch aus dem schönen Mannheim weggezogen, warum solle dann Karl Friedrich dorthin ziehen? Weiter lästerte er: *Mannheim, nichts als Mannheim ist das Symbol seiner Bürger, und ich liebe sie darum. . . . Zeige man einem Mannheimer das prächtige Paris mit allen seinen Schöpfungen und Sammlungen Napoleons, das unermeßliche London mit seiner reizenden und üppigen Umgebung, Wien, Berlin – er wird wohl einzeln das Vorzügliche überall bemerken und bewundern, dennoch aber . . . ausrufen: 's is eben nur eene Palz und een Mannem*. Als schlagendes Argument führte der unbekannte Schreiber schließlich an, eine Grenzstadt könne niemals Residenzstadt sein. Der Kurfürst ließ sich überzeugen und die Eingabe zu den Akten legen.

Soweit der Streit zwischen den Bürokraten. Die Mannheimer selbst hatten ihre Hoffnung jedenfalls noch lange nicht aufgegeben, dass ihre Stadt wieder Residenzstadt werden würde. Ihre Erwartungen erhielten Auftrieb, als sich das neue Kurprinzenpaar, Karl von Baden und Stéphanie Beauharnais, eine Adoptivtochter Napoleons, nach ihrer Heirat 1806 im Mannheimer Schloss niederließen. Doch die Hoffnung, das Paar möge sich in Mannheim so wohl fühlen, dass es nie mehr weg wolle, erfüllte sich nicht – 1811, nach dem Tod von Karl Friedrich, zogen Stéphanie und Karl Richtung Karlsruhe. Mannheim blieb nicht mehr als eine Nebenresidenz, auch wenn der Stadt offiziell der Titel *Zweite Großherzogliche Haupt- und Residenzstadt* verliehen wurde.

Demgegenüber war man badischerseits bereit, mit der Schleifung der Festungsanlagen einem anderen Mannheimer Wunsch zu entsprechen. Karl Friedrich hatte bereits bei seinem Einzug in Mannheim bekannt gegeben, dieses sehr kostenintensive Projekt finanziell zu unterstützen. Darüber hinaus gelang es Prinzessin Stéphanie, ihren Schwiegervater dafür zu gewinnen, einen Schlossgarten auf dem Terrain der ehemaligen Festungswälle zu errichten. Mannheim änderte damit dank kurfürstlicher Protektion für jedermann sichtbar sein Gesicht – aus der Festungsstadt wurde die vielzitierte grüne Stadt. Durch das



Schleifen der Festungsmauern wurde zudem neuer Raum zur Stadterweiterung geschaffen – eine wichtige Voraussetzung für die später einsetzende wirtschaftliche Expansion.

Schließlich war vor allem die Aufrechterhaltung des Mannheimer Nationaltheaters eine badische Geste an die Stadtbewohner. Das Theater war zuletzt ein zweifelhafter Zuschussbetrieb, der nach dem Weggang Ifflands auch von seiner künstlerischen Qualität eingebüsst hatte. Die Entschuldung auf Staatskosten und die weitere Subvention des Betriebs war gewissermaßen eine Fortsetzung der Politik Karl Theodors, die dem Nationaltheater eine Ersatzfunktion für die verlorene Residenz eingeräumt hatte.

Waren diese Maßnahmen als Zugeständnisse der badischen Regierung an die ehemalige kurpfälzische Residenzstadt zu werten, so wurde Mannheim bei den umfangreichen Verwaltungs- und Finanzreformen nicht bevorzugt. Diese Reformpolitik war am französischen Vorbild orientiert – sie stützte sich auf die Pfeiler Zentralisierung, Bürokratisierung, Vereinheitlichung des Rechts und Abbau altständischer Privilegien. Für Mannheim bedeutete dies zunächst den Verlust seiner Zentralbehörden, die nach Karlsruhe abwanderten. Die verbliebenen bzw. neu gewonnenen überregionalen Behörden waren demgegenüber eher von marginaler Bedeutung. Herausragend war lediglich das Oberhofgericht, das seit 1810 in der Quadratesstadt beheimatet war. Daneben existierten als weitere staatliche Stellen das Hofgericht für die Provinz Unterrhein, die Landesmünzstätte und nicht zuletzt die neue Regierung des Neckarkreises.

Wie sehr die badische Reformpolitik die alten Mannheimer Verhältnisse erschüttern konnte, sei im folgenden beispielhaft dargestellt. Ein Hauptaugenmerk des badischen Staats galt von Anfang an den maroden Finanzen der Stadt. Seit den Revolutionskriegen war die Stadt faktisch zahlungsunfähig; geringe Einnahmen, die durch Maßnahmen der kurpfälzischen Obrigkeit noch weiter ausgedünnt wurden, hohe ständige Verwaltungsausgaben sowie immense kriegsbedingte außerordentliche Ausgaben stürzten die Stadtkasse in den Ruin. Gleich mehrere badische Kommissionen kümmerten sich fortan

um deren Konsolidierung. Mit einem rigorosen Sparkurs sollte eine nachhaltige Konsolidierung erreicht werden. Einnahmenüberschüsse der Stadt wurden fortan beinahe ausschließlich zur Schuldentilgung verwandt. Diese restriktive, fiskalisch dominierte Politik rief innerhalb der städtischen Verwaltungs- und Ratselite Unmut hervor; kein Wunder bei deren Zusammensetzung – die meisten von ihnen hatten ihre Ämter quasi geerbt oder waren durch kurfürstlichen Gnadenakt in sie hineingehievt worden.

Diese Mannheimer „Vetternwirtschaft“ war der badischen Bürokratie ein Dorn im Auge. Die Regierung des Neckarkreises, die seit 1809 direkt der Stadt vorgeordnet war, machte sich 1810 für die Neuwahl des Mannheimer Stadtrats stark. In ihrem diesbezüglichen Antrag an das Innenministerium nahm sie dabei kein Blatt vor den Mund: *Der dermalige Oberbürgermeister Müller ist ein Mann von nächst 80 Jahren; was dieses hohe Alter ihm an Würde geben mag, entziehet es ihm wieder durch Lähmung seiner Geisteskräfte [...]; ihren bisherigen Fortgang mögten die Städtischen Geschäfte weniger seiner Leitung als dem dermaligen Entschlusse des Stadtvoigteiamts Personals zu danken geben. Dem Rathsverwandten Hoelzel stehet nebst der anscheinlichen Zerrüttung seiner Vermögensumstände entgegen, dass er als Maurermeister selbst alles Städtische Bauwesen führt, daher durch seinen Beisitz im Stadtrathe zu vielen Einfluß in Gegenstände seines eigenen Interesses gewinnt.*<sup>5</sup> Ähnliche Vorwürfe brachte der Kreisdirektor auch gegen andere Ratsverwandte vor, lediglich zwei der zehn waren seiner Ansicht nach für ihr Amt geeignet. Auf der Basis dieser Schilderungen stimmte das Ministerium Neuwahlen zu. Diese fielen jedoch nicht zur Zufriedenheit der Kreisregierung aus: Zwar wurden bei hoher Wahlbeteiligung (86 Prozent) durchaus geeignete Kandidaten zum Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister gewählt, bei der Wahl der Ratsverwandten jedoch entschieden sich die Mannheimer für zahlreiche Mitglieder des alten Stadtmagistrats. Unter fadenscheinigen Gründen – das konfessionelle Ungleichgewicht wurde bemängelt – weigerte sich die Kreisregierung, die Wahl anzuerkennen. Abermals

konnte sie Neuwahlen durchsetzen und dieses Mal tatsächlich mit dem gewünschten Ergebnis – ein umfangreicher personeller Austausch fand statt, zum Oberbürgermeister wurde mit dem Kaufmann Johann Wilhelm Reinhard ein Vertreter des Wirtschaftsbürgertums gewählt. Allerdings hatte sich bei dieser Wahl ein Großteil der Wähler geweigert, zur Urne zu gehen – lediglich 16 Prozent der Berechtigten gaben ihre Stimme ab. Doch dies war in den Augen der Kreisregierung nicht mehr als ein zu vernachlässigender Schönheitsfehler. Diese Farce der Stadtratswahl wurde von den Mannheimern mit Murren begleitet, letztlich aber achselzuckend hingenommen. Ein öffentlicher Proteststurm, der mit Sicherheit wenige Jahre später ausgebrochen wäre, war im Baden unter Napoleons Knute noch undenkbar.

Was hier in einigen Beispielen aufgezeigt wurde, gilt für die gesamte Integrationspolitik: Die badische Regierung war durchaus bereit, in symbolischen Gesten den neuen Gebieten entgegenzukommen. Weitgehend kompromisslos war sie hingegen, wenn es galt, sich in ihrer ausgreifenden Modernisierungspolitik über historisch gewachsene Strukturen oder aber auch Stimmungen in der Bevölkerung hinwegzusetzen.

Allerdings darf nicht verschwiegen werden, dass sich im Windschatten dieser staatlichen Modernisierungspolitik Freiräume eröffneten, in denen sich erstmals ständeübergreifend eine wirtschaftlich-soziale Elite sammeln und bilden konnte. So wurde nach mehrfachen erfolglosen Anläufen während der kurpfälzischen Zeit 1803 mit dem „Casino“ ein allgemeiner geselliger Verein in Mannheim von der Obrigkeit genehmigt. In ihm vereinigten sich einerseits die neue badische und die alte kurpfälzische Elite Mannheims, andererseits zahlreiche Vertreter des Mannheimer Bildungsbürgertums und sukzessive auch des Wirtschaftsbürgertums. Bereits 1804 hatte das „Casino“, das unter der Schirmherrschaft des Kurfürsten Karl Friedrich persönlich stand, 135 Mitglieder. Der Verein traf sich im Achenbachischen Kaffeehaus, wo er eine eigene Bibliothek und ein Lesezimmer unterhielt (Bild siehe S. 392). Schon nach wenigen allerdings Jahren zerstritten sich die Mit-

glieder unter anderem über die Frage, ob auch Damen zu den Gesellschaften zugelassen werden sollten. Resultat dieser Meinungsverschiedenheiten, bei denen auch unterschiedliche Vorstellungen über die künftige Programmatik eine Rolle spielten, war die Gründung des Konkurrenzvereins „Museum“ im Jahr 1809. 1813 hatte auf großherzoglichen Druck hin der Sezessionskrieg im Mannheimer Vereinsleben ein Ende, beide Vereine wurden unter dem Dach der „Harmonie“ vereinigt. Diese wurde damit zum neuen Forum der Mannheimer Elite, in der das Wirtschaftsbürgertum zunehmend an Einfluss gewann.

## MANNHEIMER UND BADENER

Wie bereits geschildert, wurde der neue Landesherr Karl Friedrich 1803 voller Euphorie empfangen und frenetisch gefeiert. Dass jedoch nicht alle hochfliegenden Erwartungen der Mannheimer von den Badenern erfüllt werden konnten, zeigte sich schon nach kurzer Zeit. Wie wirkte sich dies auf das Verhältnis zwischen Mannheimern und Badenern aus? Wo es um praktische Realitäten ging, kamen unterschiedliche Auffassungen recht schnell zum Vorschein. Auf der einen Seite standen die von sich selbst überzeugten badischen Beamten, die mit einer gewissen Siegermentalität nur Kopschütten für die in ihren Augen maroden kurpfälzischen Verhältnisse übrig hatten; auf der anderen Seite die stolzen Mannheimer, die sich der Kontrolle, dem Reformeifer und auch der Besserwisserei der neuen Herren aus der Provinz ausgesetzt sahen.

So wundert es kaum, dass es bereits im Vorfeld der großen Huldigungsfeier für Karl Friedrich zu Missstimmungen kam. Die Mannheimer wollten den Einzug ihres neuen Landesherrn mit großem Aufwand und großer Pracht feiern, so wie sie es von Karl Theodor kannten; daher beantragten sie in Karlsruhe, zu diesem Zweck Schulden in Höhe von 3000 Gulden aufnehmen zu dürfen. Schulden für ein prunkvolles Fest? Auf diesen Gedanken wären die altbadischen Beamten wohl nicht einmal im Traum gekommen. Entsprechend harsch und ablehnend fiel die Antwort aus. Überhaupt war das Finanzgebaren der Pfälzer ein Dorn in den Augen der ba-

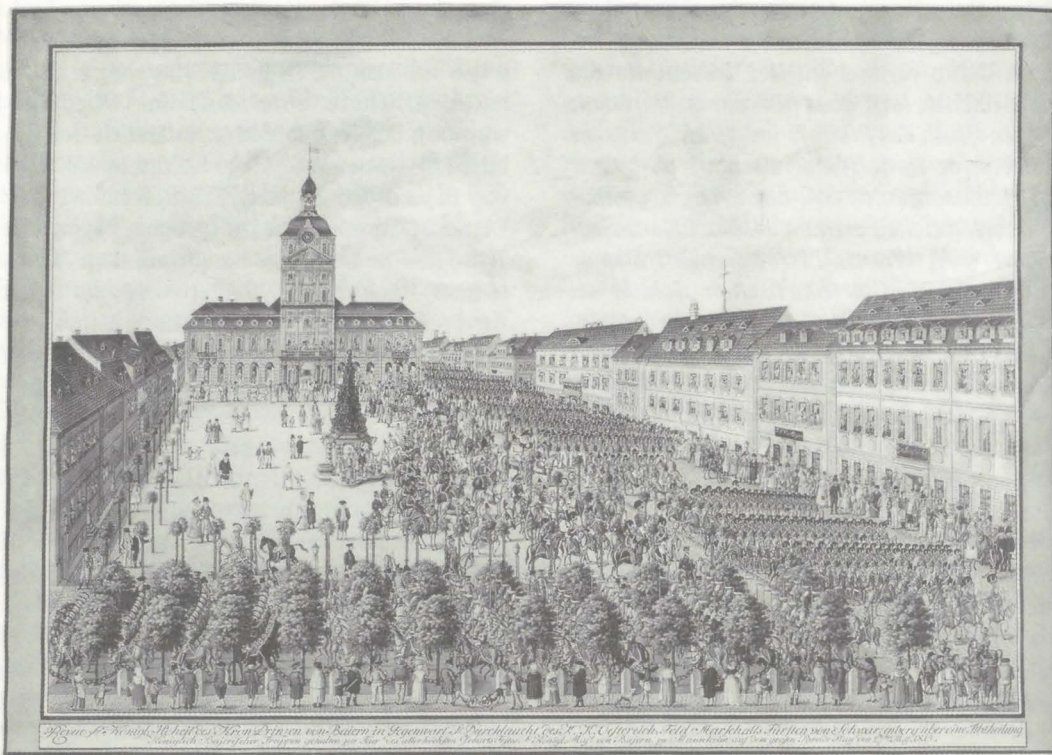
dischen Beamten. Angesichts der chaotischen Buchführung der Mannheimer Kassen schrieb Hofrat Gaum verzweifelt: Die Ursache für die Misswirtschaft *liegt aber nun einmahl in dem leichten Bluth des Pfälzers [ . . . ] er frisiert sein Kind ehe er ihm Hemden schafft und baut sein Haus sorgenlos von oben herab, ohnbekümmert, welche Parthien wieder zusammenstürzen [ . . . ] Wie es hierbey einem Diener [ . . . ] aus der alten baadischen Schule zu Muthe seyn muss, kann [man sich] leicht vorstellen.*<sup>6</sup> Am besten, so ein Vorschlag aus der badischen Administration, führe man eine Luxussteuer ein. Nur so könne man der Genussucht der Pfälzer Herr werden, die letztlich verantwortlich für den finanziellen Ruin der Kurpfalz sei.

Mit dieser rigorosen Haltung machten sich die badischen Verwaltungsherren nicht unbedingt populär. Umgekehrt beschworen Mannheimer Interessenvertreter in ihren Eingaben immer wieder den Untergang ihrer Stadt, der nur durch Subventionen oder die Verlegung der Residenz verhindert werden könne. Die Mannheimer blickten dabei despektierlich und auch voller Neid nach Karlsruhe, das in ihren Augen nur ein Provinznest war. Entsprechend suchte man Dritten gegenüber die Fächerstadt schlecht zu reden. So berichtete 1816 der preußische Diplomat Karl Varnhagen von Ense: *An einem trotz des Regens doch schönen Sommerabend in der Mitte des Juli [1816] trafen wir in Karlsruhe fröhlich ein. Rahel war angenehm überrascht, eine freundliche, umfangreiche, großenteils wohlgebaute Stadt zu sehen, die man ihr in Mannheim als den traurigsten, verlassensten Ort vorgestellt hatte, in welchem alles und jedes fehle, und jede Kleinigkeit von außerhalb müsse bezogen werden.*<sup>7</sup>

Nach den hochfliegenden Erwartungen, mit denen sich die Mannheimer 1803 beirauscht hatten, machte sich rasch eine Katerstimmung breit. Gerüchte, man werde wieder an Bayern fallen, wurden bald begierig aufgesogen – sie erwiesen sich aber als gegenstandslos. Aber auch im bayerischen Herrscherhaus waren die ehemaligen pfälzischen Territorien nicht in Vergessenheit geraten. Dies wurde deutlich, als im Zuge der Befreiungskriege die politische Landkarte wieder

einmal zur Disposition stand. Kronprinz Ludwig, der seine Kindheits- und Jugendjahre teilweise im Mannheim der 1790er Jahre erlebt hatte, arbeitete offen auf eine Wiedergewinnung der Kurpfalz hin. Anlässlich des Geburtstags seines Vaters, des Königs Max Joseph von Bayern, am 27. Mai 1815 ließ Ludwig zur Demonstration seiner Ansprüche bayerische Truppen eine prächtige Parade auf dem Mannheimer Paradeplatz abhalten. Die badischen Behörden mussten diese Aktion zähneknirschend hinnehmen, da nach der Schlacht von Waterloo für einige Zeit das bayerische Militärhauptquartier sich in der Quadratesstadt befand. Am Abend fanden sich Ludwig sowie hohe bayerische und preußische Militärs zu einer Aufführung im Nationaltheater ein. Dabei kam es zu einem Eklat, als von den oberen Rängen Flugblätter auf das Publikum geworfen wurden, auf denen recht unverblümt der Wiederanschluss der Kurpfalz an Bayern gefordert wurde. Der Vorfall war ein Skandal ersten Ranges, die Suche nach den Urhebern verlor sich jedoch im Dunkeln. Die noch Jahre weiter bestehende Unsicherheit über den künftigen territorialen Bestand Badens ließ den bayerischen Kronprinzen auch weiterhin als Lichtgestalt für viele Mannheimer erscheinen. So finden sich im Nachlass von Ludwig einige Briefe von *Mannheims treuehorsamen pfalzbayrisch gesinnten Untertanen*, die den Kronprinzen bestärkten, an seinen Forderungen festzuhalten<sup>8</sup>. Dabei malten sie die badische Herrschaft in dunkelsten Farben: *Das Elend unserer armen Stadt und Gegend wird täglich größer. Jetzt müssen sogar unsere besten Schauspieler, die besten Musiker nach Karlsruhe; dadurch entreißt man uns noch das interessanteste, was Mannheim für Fremde, für Freunde der Kunst hatte. Und welchen gränzenlosen Jammer verbreitet über unser armes Land der Frucht-Mangel und die damit verbundene Theuerung, ein Unglück, welchem vorzubeugen gewesen wäre, wenn die Habsucht eines Ministerii es gewollt hätte, welches, unbekümmert, ob wir Brod habe oder nicht, mit der erlaubten Korn-Ausfuhr eine verworfene Finanz-Spekulation verband, und dann erst Sperre anlegte, nachdem die Speicher geleert waren. O Gnädigster Herr! Es ist Zeit dass uns geholfen werde, [ . . . ] Euer*





Bayerische Parade auf dem Mannheimer Marktplatz am 27. Mai 1815

Reiss-Engelhorn-Museen

*Königliche Hoheit [...] Sie müssen unser Vater werden [...].*

Dass die Mannheimer unsichere Kantonnisten waren, war auch der badischen Regierung bekannt. Neue Fakten wurden im Jahr 1818 geschaffen: Während auf dem Aachener Kongress die Großmächte den territorialen Bestand Badens bestätigten und damit den Ansprüchen Bayerns eine Absage erteilten, unterzeichnete der todkranke Großherzog Karl die neue badische Verfassung. Diese sicherte dem badischen Volk eine landständische Vertretung mit vergleichsweise umfangreichen Kompetenzen zu. Mit diesem Schritt gelang es der Regierung auch in Mannheim, der badenkritischen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dies wurde schon im Dezember 1818 sichtbar, als es bei der Huldigung für den neuen Großherzog Ludwig nicht zu den befürchteten Zwischenfällen kam. Die badische Verfassung wurde zum entscheidenden Ausgangspunkt der politischen Integration: Die gesamte Bevölkerung im

Großherzogtum Baden verschmolz zu einem badischen Staatsvolk. Richtig warmherzige Gefühle für Baden hatten in den Mannheimer Herzen jedoch nur begrenzt Platz. Es scheint mehr als eine Ironie der Geschichte zu sein, dass es die Mannheimer waren, die 1952 die Südweststaatsabstimmung zu Ungunsten Badens mitentschieden und Karlsruhe die Hauptstadt entrissen. Allerdings ist bekanntlich Mannheim nicht Nutznießer dieser Entscheidung gewesen, sondern Stuttgart, und die heute gepflegte vereinte kurpfälzisch-badische Abneigung gegen die Schwabenmetropole erinnert doch immer wieder an das Verhältnis zwischen Mannheimern und Karlsruhern vor 200 Jahren.

#### Anmerkungen

- 1 Überarbeitetes Manuskript eines Vortrags, gehalten am 26. Februar 2003 im Stadtarchiv Mannheim. Vgl. zum Folgenden: Die Huldigungsfeyer der Badischen Pfalzgrafschaft 1803. Mannheim 1803.

- 2 Zitat bei Friedrich Walter, Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart. Band 2: Geschichte Mannheims vom Übergang an Baden (1802) bis zur Gründung des Reiches. Mannheim 1907, S. 8. Vgl. weiter zum Übergang Mannheims an Baden: Karl Hauck, Geschichte der Stadt Mannheim zur Zeit ihres Übergangs an Baden. Mannheim 1899. Friedrich Schlick, Die rechtsrheinische Pfalz beim Anfall an Baden. Karlsruhe 1930.
- 3 Jürgen Voss, Die Kurpfalz im Zeichen der Französischen Revolution, in: Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789–1798), hg. v. Volker Rödel. Sigmaringen 1991, S. 9–32, hier S. 21.
- 4 Edition und Kommentar bei Friedrich Walter: Karlsruhe oder Mannheim badische Residenz?, in: Mannheimer Geschichtsblätter 14 (1913), Sp. 10–15; 34–41.
- 5 Schreiben vom 3. April 1810 in Generallandesarchiv Karlsruhe 213/624. Vgl. Dieter Hein, Umbruch und Aufbruch. Bürgertum in Karlsruhe und Mannheim 1780–1820, in: Vom alten zum neuen Bürgertum: Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch 1780–1820, hg. v. Lothar Gall. München 1991, S. 506 Anm. 193.
- 6 Schreiben vom 13. Juni 1804 in Generallandesarchiv Karlsruhe 213/3467.
- 7 Karl August Varnhagen von Ense, Denkwürdigkeiten des eignen Lebens. Bd. III, hg. v. Konrad Feilchenfeld. Frankfurt/Main 1987, S. 45.
- 8 Schreiben vom 1. Mai 1817 in Geheimes Hausarchiv München NL Kg. Ludwig I. 85/4/2.

Anschrift des Autors:  
Dr. Harald Stockert  
Stadtarchiv Mannheim  
Postfach 10 00 35  
68133 Mannheim

## „Ohn' Plan kein Gebey“

**Historische Pläne aus drei Jahrhunderten**



Bruchsal im Balthasar-Neumann-Jahr  
Eine Ausstellung des Staatlichen Vermögens-  
und Hochbauamts Karlsruhe in Zusammenarbeit  
mit der Stadt Bruchsal

**26. September bis 9. November 2003**

Ausstellungsort: Schloss Bruchsal

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 9.30–17.00 Uhr, Montag geschlossen

Buchung von Führungen und weitere Informationen: Telefon 0 72 51/74 26 61

Zum 250. Todesjahr des großen Barockbaumeisters Balthasar Neumann präsentiert das Staatliche Vermögens- und Hochbauamt Karlsruhe eine Auswahl der ältesten, schönsten und kostbarsten Exponate aus seiner Historischen Plansammlung in Bruchsal. Die bis in das 18. Jahrhundert zurückgehenden Entwürfe, Detailzeichnungen und Aquarelle zeigen die Entstehung der Residenz Bruchsal unter Fürstbischof Damian Hugo von Schönborn und seiner Nachfolger, sowie die Entwicklung öffentlicher Bauten der Stadt und ihrer Region. Zu den wichtigsten Plänen der Sammlung zählen die Treppenentwürfe Neumanns für das Bruchsaler Schloss, aber auch sein einzigartiger Wasserleitungsplan aus dem Jahre 1748. Die erstaunlich gut erhaltenen Originale sind hier ein letztes Mal als zusammenhängende Sammlung zu sehen. Danach werden sie an das Generallandesarchiv Karlsruhe zur sicheren Aufbewahrung und Konservierung übergeben.